

Antrag zur dringlichen Behandlung für die Vollversammlung am 09.06.2021



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 02.06.2021

Stellungnahme zur aktuellen Bedrohungslage durch linksextremistische Aktivitäten in München

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister informiert die Stadtratsvollversammlung über die aktuelle Bedrohungslage die für die Münchner Bürger von Seiten linker Extremisten ausgeht. Er führt weiterhin aus, welche konkreten Maßnahmen man zu ergreifen gedenkt, um den enormen Anstieg linksextremer Straftaten im Stadtgebiet Einhalt zu gebieten.

Begründung:

Am Freitag den 21. Mai 2021 verübten Linksextremisten einen Kabelbrand in einer Baugrube im Münchner Werksviertel am Ostbahnhof. Laut Bekennerschreiben richtete sich der Anschlag gegen das Münchner Unternehmen Rohde & Schwarz und dessen Rüstungssparte, die man mittels eines Stromausfalls zu schädigen versuchte, sowie gegen den „*Stadtratsbeschluss, den Forst Kasten abzuholzen um dort Kies zu fördern*“. Betroffen waren aber letztlich vor allem über 20.000 Haushalte im Münchner Osten. Die Täter kündigten an, auch in Zukunft weitere Anschläge verüben zu wollen, solange die „*Stadtwerke München [...] weiterhin ein Kohlekraftwerk in Bogenhausen und den Atommeiler Isar 2*“ betreiben.¹

Linksextreme Anschläge, wie jener am 21. Mai sind in München keine Ausnahme. In Bezug auf Brandanschläge sprechen Ermittler mittlerweile von einer Serie und auch allgemein nahmen linksextreme Übergriffe im vergangenen Jahr dramatisch zu. So stiegen laut polizeilichem Sicherheitsreport 2020 linksextreme Straftaten, allein im letzten Jahr, um fast 55 %, auf insgesamt 584 im Gebiet des Polizeipräsidiums München. Gewalttaten nahmen sogar um besorgniserregende 119 % zu und liegen nun praktisch gleichauf mit ihren rechtsextremistischen Pendanten. Hier rächt sich die Passivität und auffällige Zurückhaltung, die die Landeshauptstadt, respektive ihre politischen Entscheidungsträger, seit Jahrzehnten im Kampf gegen den Linksextremismus an den Tag legen.

Die Landeshauptstadt trägt eine besondere Verantwortung für die Sicherheit ihrer Bürger und den Schutz ihres Eigentums. Letztere haben ein Recht darauf zeitnah zu erfahren, welche Anstrengungen der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung zu unternehmen gedenken, um sie künftig vor Anschlägen, wie jenen vor einigen Tagen, schützen zu können und der Bedrohung seitens linksextremistischer Demokratiefeinde Herr zu werden.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträte

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

¹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/stromausfall-in-muenchen-bekennerschreiben-aufgetaucht,SYKIDag>